

IM WETTBEWERB UM DIE GRÖSSTEN TALENTE

Warum Österreich dringend eine Strategie für qualifizierte Zuwanderung braucht und wie diese entwickelt werden sollte.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



ECONOMICS CORNER
Wie man den Wohlstand von
gestern für morgen stärkt

Seite 2



KLIMASCHUTZ
Was die heimischen Unternehmen
leisten, zeigt die Industrie

Seite 4



WIEN
Unternehmer
des Jahres ausgezeichnet

Seite 10

Ein Nobelpreis für die Industriellenvereinigung

Im Oktober wurde der Wirtschaftsnobelpreis an drei Ökonomen vergeben, die viel dazu beigetragen haben, dass man die Armut in der Welt besser bekämpft. Was das mit der Industriellenvereinigung zu tun hat, lesen sie hier.

Die Meldung schaffte es nur mit Ach und Krach als letzte Kurzmeldung in die „Zeit im Bild“. Dabei war die Vergabe des Wirtschaftsnobelpreises ein Weckruf für die Wirtschaftspolitik. Sie läutet quasi eine neue Ära des evidenzbasierten politischen Handelns ein. Es wurde nachgewiesen, dass nicht die eingesetzten Geldmittel des Staates oder aufwändige Regulierungen dafür sorgen, dass die Politik zufriedenstellende Ergebnisse liefert. Vielmehr führen verhaltensökonomische Ansätze zur tiefgreifenden Kenntnis darüber, wie der Mensch selbst tickt.

Esther Duflo, Abhijit Banerjee und Michael Kremer haben „unsere Fähigkeit, Armut zu bekämpfen, in der Praxis dramatisch verbessert“, hieß es in der Begründung der Jury. Im konkreten Fall wurde nachgewiesen, dass Armut in Entwicklungsländern durch vielfältige Faktoren bestimmt wird, die früher kaum am Radar der Politik waren und auch kaum identifiziert werden konnten. Statt die Politik aufzufordern, etwa die Bildungsausgaben zu erhöhen oder die Schulpflicht strenger zu kontrollieren, wollten sie zum

Genauso wie Unternehmen seit Jahrzehnten nur dann bestehen können, wenn sie nahe am Kunden agieren, kann die Politik in Zukunft nur dann wirksam sein, wenn sie die Menschen besser kennenlernt.

Beispiel in Kenia konkret herausfinden, was die Kinder eigentlich davon abhält, regelmäßig in die Schule zu gehen. Oder sie haben in Indien versucht, das Paradoxon zu ergründen, warum die Armen signifikante Summen für Alkohol, Tabak oder religiöse Feste ausgeben, obwohl sie an Hunger leiden.

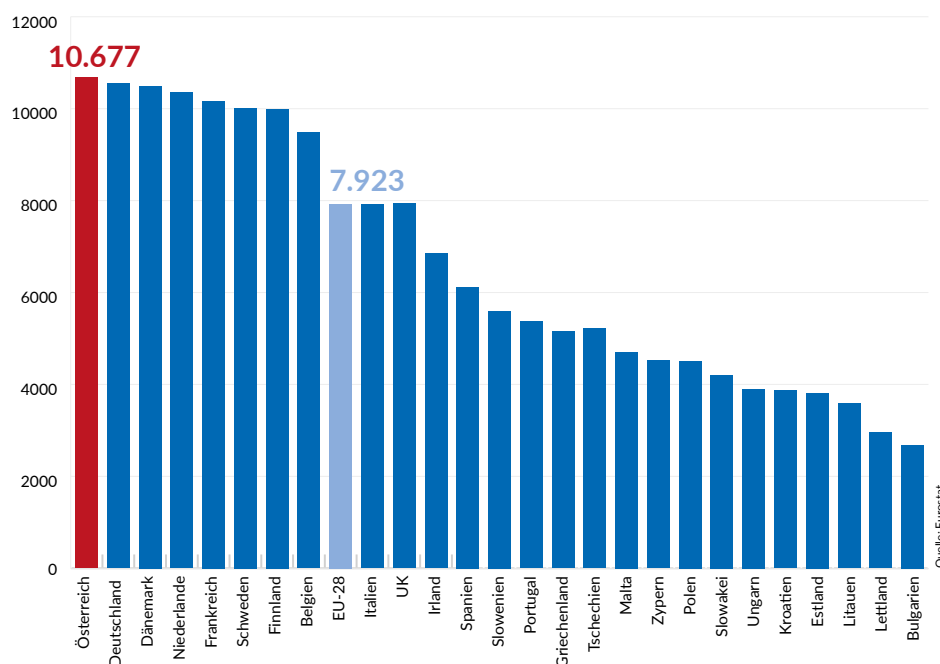
Dafür entwickelten sie einen Forschungsansatz, der streng wissenschaftlich vorgeht und aus der Medizin stammt. Mit sogenannten „randomized controlled trials“ suchten die Forscher nach einer Kausalität im Verhalten der Betroffenen, genauso wie die Wirksamkeit von Medikamenten mit Kontrollgruppen untersucht wird. Sie legten damit der Politik ein neues Tool in die Hand, mit dem sie nun endlich evidenzbasiert und nicht nach Verdacht oder Zuruf handeln kann.

Politik in der Moderne angekommen

Mit diesem Nobelpreis ist die Politik nun endlich in der Moderne angekommen. Es zählt nicht mehr nur, was der Wähler will oder was die Verwaltung als gegeben annimmt – sondern viel mehr, was die Evidenz

Was kommt tatsächlich bei den Menschen an?

Sozialausgaben pro Kopf in der EU 2017
in Euro kaufkraftbereinigt (ohne Luxemburg)



Der österreichische Sozialstaat ist zwar groß, aber nicht effektiv, und schon gar nicht effizient.

tatsächlich hergibt. Genauso wie Unternehmen seit Jahrzehnten nur dann bestehen können, wenn sie nahe am Kunden agieren, kann die Politik in Zukunft nur dann wirksam sein, wenn sie die Menschen besser kennenlernt. Der Weg für diese „verhaltensökonomische Revolution“ in der Politik wurde bereits 2002 mit dem Nobelpreis an Daniel Kahneman und seine Grundlagen der Verhaltensökonomik eingeleitet. Bestätigt wurde er vor zwei Jahren mit dem Nobelpreis an Richard Thaler für seine konkrete Anwendung in der Politik in Form von „Nudges“ (englisch für „stupsen“).

Es geht darum zu verstehen, dass der Mensch ständig Entscheidungen trifft. Doch diese Entscheidungen sind nicht immer rational, nicht in jedem Kontext gleich und schon gar nicht so, wie sie die Politik vorherzusehen glaubt. Die klassischen Instrumente der Politik wie Gebote, Verbote, Normen, Regulierungen oder Staatsausgaben per Gießkannenprinzip werden bis heute eher für einen fiktiven Einheitsmenschen konzipiert,

der de facto mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat. Die Folgen sind ein teurer Vollzug, ein Auswuchs an Bürokratie und frustrierte Bürger, deren Steuergelder nicht zielgerichtet eingesetzt werden. Der Nobelpreis zeigt, dass Politik heute mithilfe neuer verhaltenswissenschaftlicher Instrumente die Menschen tatsächlich besser kennenlernen und damit ihre politischen Ziele bürgernäher, besser und effizienter erreichen kann.

Menschen tatsächlich erreichen

Konkret auf die heimische Politik heruntergebrochen, bedeutet das: Es kann endlich eine Brücke zwischen den Vorhaben der Politik und dem Verhalten der Bürger geschlagen werden. Beispiel Bildung: Österreich leistet sich die dritthöchsten Gehaltskosten der Lehrer pro Schüler weltweit und schneidet regemäßig eher durchschnittlich bei den PISA-Tests ab. Beispiel Gesundheit: Österreich hat die fünfthöchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf in der EU und landet auf Platz 21 bei den gesunden Lebensjahren im Alter. Es klappt also eine

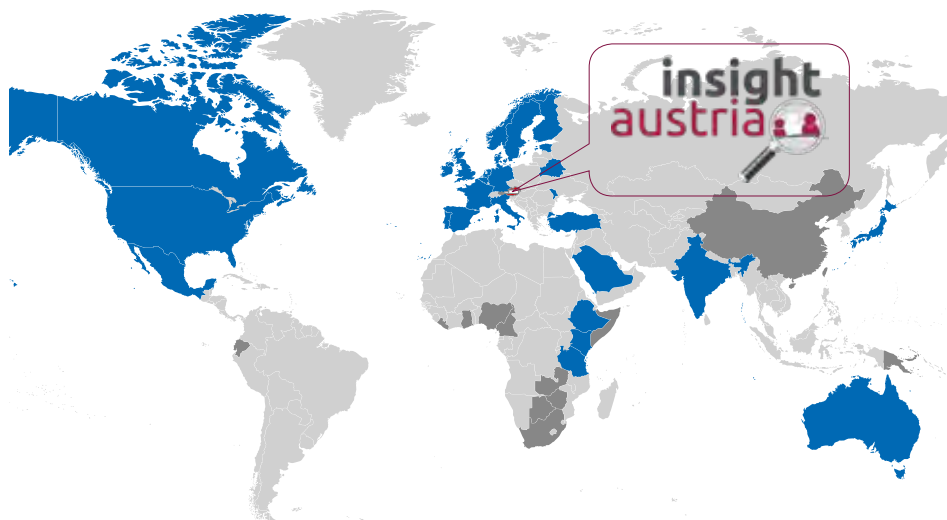
große Lücke zwischen dem, was Politik und Verwaltung erreichen wollen, und dem, was die Bürger tatsächlich umsetzen. Diese „last Mile“, die die Politik zurücklegen muss, um die Menschen tatsächlich zu erreichen, scheint in Österreich besonders lang zu sein. Unser Sozialstaat ist zwar groß, aber nicht effektiv, und schon gar nicht effizient.

Was hat das Ganze mit der IV zu tun? Nun: Die Industrie steht für Fortschritt, Effizienz und Kundennähe – und damit ist es naheliegend, dass die Industrie diese Tugenden auch der Politik näherbringen kann. Die IV hat daher nach jahrelanger und intensiver Vorarbeit ein neues Kompetenzzentrum am Institut für Höhere Studien geschaffen, das nun diese neuen verhaltensökonomischen Tools in der österreichischen Verwaltung und Gesetzgebung einführen soll. „Insight Austria“ ist eine von zahlreichen weltweiten „Nudge-Units“, die den jeweiligen Regierungen und Behörden zeigt, wie man die Erkenntnisse der jüngsten Nobelpreisträger in die tägliche gelebte Praxis der Innenpolitik einbringen kann. Vom konkreten Umsetzen des Rauchverbots oder der Vermeidung von Müll bis hin zur effizien-

Wenn etwas hierzulande nicht funktioniert, wird es reguliert; wenn etwas gar nicht funktioniert, wird es gefördert; und wenn es dann endlich doch funktioniert, wird es besteuert.

enteren Gestaltung der Steuererklärungen. Die Bringschuld der Industrie ist hiermit erbracht. Nun kommt es auf die Holschuld der neuen Regierung an, dieses Angebot von „Insight Austria“ auch wahrzunehmen.

Es gibt jedenfalls genug zu tun. Denn als gelernte Österreicher wissen wir: Wenn etwas hierzulande nicht funktioniert, wird es reguliert; wenn etwas gar nicht funktioniert, wird es gefördert; und wenn es dann endlich doch funktioniert, wird es besteuert. Das muss sich ändern. Die Politik muss motivieren und damit sie das kann, muss sie sich mit den Menschen auseinandersetzen.



Auf IV-Initiative gegründet, ist „Insight Austria“ eine von zahlreichen weltweiten „Nudge-Units“, die den jeweiligen Regierungen und Behörden zeigt, wie man die Erkenntnisse der jüngsten Nobelpreisträger in die tägliche gelebte Praxis der Politik einbringen kann.

WEBTIPP

Informationen zum Thema finden Sie unter <https://insight-austria.ihs.ac.at>

KONTAKT

Clemens Wallner,
Wirtschaftspolitischer Koordinator
der IV: clemens.wallner@iv.at

Friday to Friday for Future: Klimaschutz durch die Industrie

Österreichs Industrie leistet bereits weltweit wirksame Beiträge für Klimaschutz und Nachhaltigkeit – richtig begleitet, würden diese Beiträge entscheidend größer werden.

Emotion dominiert über weite Strecken die nationale und internationale Klimadebatte. Das ist zweifellos relevant für breite Sensibilisierung, aber auch kontraproduktiv für echte Lösungen. Gerade mit Blick auf laufende Regierungssondierungen und -verhandlungen gilt daher: Wir müssen beim Thema Klimaschutz die richtigen Weichen stellen und die richtigen Hebel nutzen. Andernfalls landen wir in Sackgassen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit, unseren Wohlstand, unsere hohe soziale Sicherheit nachhaltig gefährden – und gleichzeitig dem Klima schaden.

Auf die zweifellos bestehenden Herausforderungen für den Klimaschutz gibt es gerade für den Standort Österreich eine entscheidende Antwort. Sie lautet: Innovation. Unsere Innovationskraft ermöglicht es uns, damit nicht nur das Klima besser zu schützen, sondern auch weiterhin breiten Wohlstand zu nützen. Darauf ruhen letztlich unser Wirtschafts- und Sozialmodell sowie unsere Demokratie. Beim Thema Innovation ist und bleibt Österreichs Industrie die erste Adresse: Wenn die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden,

kann unsere Industrie über Innovation und neue Technologien einen weltweit signifikant wirksamen Beitrag für Klimaschutz und Nachhaltigkeit leisten – und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Österreich erheblich stärken.

Die Voraussetzungen dafür sind gut: So ist unsere Industrie in den Bereichen Mobilität (effiziente Antriebstechnologien, Elektromobilität, Schienenfahrzeuge), Anlagenbau für erneuerbare Energieträger (insbesondere Wasserkraft und Windkraft), innovatives Bauen („Smart Buildings“, „Heizen und Kühlen mit Beton“, Holzbau) und Umwelttechnologie (Recycling, Abwasser- und Kreislaufwirtschaft) mit innovativen Produkten am Weltmarkt bereits sehr erfolgreich. Je mehr wir diese Rolle ausbauen und Umweltschutz exportieren können, desto größer ist der Hebel für den globalen Klimaschutz. Ab Mitte November wird die IV dies auch im Rahmen einer Initiative deutlich im öffentlichen Raum kommunizieren.

Entscheidend ist, die Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation in Österreich weiter zu verbessern. Unsere Industrie steht heute schon für annähernd

die Hälfte aller Forschungsausgaben in Österreich und ist damit Treiber von Innovation, Technologie, Klima- und Umweltschutz sowie Wachstum.

Die Lösungen von morgen werden nur in einem industriefreundlichen Umfeld getroffen. Das gilt gerade auch für unsere volkswirtschaftlich bedeutende energieintensive Industrie. Diese darf nicht mit zeitlich überzogenen Klimazielen und Energiebesteuerungen überfordert werden. Ideologie und Emotion haben noch keinen einzigen nachhaltigen Arbeitsplatz geschaffen. Es braucht langfristig planbare, realistische und akzeptable Standortbedingungen. Nur dann werden wir noch stärker das internationale Klima mit Innovationen made in Austria schützen können.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Nur mit verbesserter Wettbewerbsfähigkeit werden wir uns unsere hohen Umwelt- und Sozialstandards weiterhin leisten können. Die vergangene Regierung hat gute, den Standort schützende Maßnahmen gesetzt. Wenn wir wettbewerbsfähiger werden wollen, muss man das weiter vorantreiben.“

Günther Ofner,
Vorstandsdirektor Flughafen Wien AG



„Die Industrie ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Man muss eine notwendige Dekarbonisierung als Chance sehen. Das ist auch eine Chance für den Hightech-Standort Österreich.“

Peter Unterkofler,
IV-Salzburg-Präsident



„Eine Vermögensteuer ist unsozial, weil sie die Erträge und die Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen erheblich einschränkt und damit den Spielraum für höhere Löhne und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenskapital einschränkt.“

Otto Schilly,
ehemaliger SPD-Politiker und
deutscher Innenminister

IV-MEINUNG

AKTUELLES IN KÜRZE

TWEET DES MONATS



AUF EINEN BLICK

Warum börsennotierte Unternehmen für die Zukunft des Landes so wichtig sind, lesen Sie

auf Seite 5.

Was die besten Pädagogen des Landes leisten, war bei der Verleihung des IV-Teacher's Award zu sehen. Mehr dazu

auf Seite 8.

Wie sich die Industriekonjunktur in den nächsten Monaten entwickeln wird, zeigt die aktuelle IV-Konjunkturumfrage

auf Seite 5.

Bei der JI-Bundestagung stand das Thema #cloudworker – Digitale Arbeit. im Fokus: Mehr dazu

auf Seite 9.

ZAHL DES MONATS

2



Die USA sind die zweitwichtigste Exportdestination für heimische Produkte hinter Deutschland. 680 rot-weiß-rote Niederlassungen sind in den USA aktiv, davon 200 produzierende. In Österreich sind wiederum rund 335 US-Firmen tätig.

Angesichts der für Mitte November angekündigten Entscheidungen der USA über weitere Zölle für Produkte aus der EU gilt: Die EU und die USA sind die zwei am engsten miteinander verwobenen Wirtschaftsräume der Welt. Das Weiterverhandeln und der Abschluss eines transatlantischen Wirtschaftsabkommens sollte daher ein wesentliches Anliegen Österreichs bleiben. Dadurch würden nicht nur Handel und Investitionen intensiviert, sondern auch bessere Regeln für diesen Wirtschaftsraum geschaffen und protektionistische Maßnahmen, die Jobs gefährden, deutlich erschwert.

Klimapolitik: Das Ende eines Klischees

Die Industrie begleitet die Diskussion über den Klimaschutz mit Fakten. Dabei zeigt sie, was die heimischen Unternehmen bereits leisten. Der produzierende Bereich ist längst nicht mehr Teil des Problems, sondern der Lösung.

Zahlreiche Meinungsumfragen, die wachsende Berichterstattung sowie zunehmende zivilgesellschaftliche Aktivitäten bestätigen: Der Klimawandel und die Diskussion über dessen Auswirkungen bewegen immer mehr Menschen. Die nächste Bundesregierung wird einen Schwerpunkt auf diese wichtige Zukunftsfrage legen. Entscheidend werden dabei kluge und vor allem wirksame Lösungen sein, die auf Fakten basieren sowie Umwelt und Klima tatsächlich nutzen.

Klima-Fakten an Politik übermittelt

In diesem Sinne hat die IV im Sommer die wichtigsten Fakten zum Thema zusammengestellt und den Parteien übermittelt. Darin enthalten sind die IV-Positionierung sowie die Leistungen der österreichischen Industrie für Klima und Umwelt. Schon 2016 hatte die Industriellenvereinigung ein Aktionspapier der österreichischen Industrie zum Thema Energie und „Klima der Zukunft“ vorgelegt. Darin räumte die IV mit dem veralteten und nicht mehr richtigen Bild der rauchenden Schlote auf – Österreichs Industrie setzt heute wichtige und wirksame Impulse für Klima- und Umweltschutz.

Bereits heute leistet die österreichische Industrie einen maßgeblichen, nachvollziehbaren und transparenten Beitrag zur Finanzierung des Klimaschutzes. Der EU-Emissionshandel (ETS) erfasst mehr als 80 Prozent der heimischen Industrie-Emissionen. Außerdem: Mit einer Reduktionsvorgabe von mehr als 43 Prozent leisten diese ETS-Unternehmen einen überdurchschnittlichen Beitrag, um das Treibhausgas-Reduktionsziel von 40 Prozent in der EU zu erreichen. Für andere Sektoren wie Verkehr und Haushalte besteht kein Mechanismus zur Durchsetzung.



Abgesehen vom ETS zeigen Energiesteuer- und Abgabenvergleiche mit vermeintlichen „Öko-Mustertländern“ wie Schweden oder Dänemark ein interessantes Bild. In diesen Ländern sind

industrielle Prozesse weitgehend von der Energiebesteuerung befreit. In Österreich liegt der Steuersatz bei der Stromsteuer 30 (!) Mal über jenem Schwedens, in Dänemark

wird die CO₂-Steuer zu annähernd 100 Prozent rückvergütet.

Die österreichischen Klima-Ziele zählen zu den ambitioniertesten in der EU, die sich wiederum die ehrgeizigsten Vorhaben unter allen relevanten Staaten gesetzt hat. So möchte die EU ihren Treibhausgas-Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2030 reduzieren. Österreich hat sich verpflichtet, gegenüber 2005 um 36 Prozent zu senken.

Industrie heißt Klimaschutz

Für eine klimaneutrale Energiezukunft ist Innovation der Schlüssel. Forschung und technologische Durchbrüche sind Basis für eine weitgehende Dekarbonisierung des Energiesystems. Zahlreiche Beispiele zeigen in Österreich, dass die Industrie Treiber für Ökologie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist. So sind heimische Betriebe mit ihren innovativen Produkten beispielsweise bei Mobilität, Anlagenbau für erneuerbare Energieträger, innovativem Bauen und Umwelttechnologie am Weltmarkt bereits sehr erfolgreich. Um dies fortsetzen zu können, fordert die Industrie langfristig planbare und akzeptable Standortbedingungen.

Mit „Friday to Friday for Future“ startet die Industrie im Laufe des Novembers eine Bewusstseins-Initiative. Dabei zeigt sie mit konkreten Beispielen anhand von Bildern und Fakten, dass die Industrie beim Klimaschutz Teil der Lösung ist und was die heimischen Betriebe jeden Tag leisten.

WEBTIPP

Aktuelle Facts & Figures zum Thema Klima- und Umweltpolitik sind für IV-Mitglieder in der **IVTopApp** zusammengefasst.

Jeder dritte Steuer-Euro kommt von der Industrie

Die Kritik kommt oft, ist aber falsch. Unternehmen würden nur einen geringen Beitrag zum heimischen Steueraufkommen leisten. Aktuelle IV-Berechnungen zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist: Betriebe haben in Österreich im vergangenen Jahr mehr als 52 Mrd. Euro an Abgaben geleistet – das ist rund jeder dritte Steuer-Euro (rund 32 Prozent des Gesamtsteueraufkommens). Insgesamt nahm der Staat 2018 rund 163 Mrd. Euro ein, ein Anstieg von 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Beeindruckend ist auch die Steuerleistung der heimischen Industrie, die ihren Beitrag um 5,9 Prozent gesteigert hat: Der produzierende Bereich steht für rund 20 Mrd. Euro und damit beinahe ein Drittel (30,9 Prozent) aller Steuern und Abgaben, die heimische Unternehmen zahlen. Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig eine international wettbewerbsfähige und erfolgreiche heimische Industrie für Wohlstand und Lebensqualität in Österreich ist. Das bestätigen ebenso aktuelle Daten der

Statistik Austria: Auch im vergangenen Jahr konnten die Unternehmen dieses Sektors die Zahl der Arbeitsplätze um zwei Prozent steigern, sie schaffen und sichern Jobs für mehr als eine Million Menschen im Land.

Neben der direkten Steuerleistung der Unternehmen ist auch ein Blick auf die indirekten Zahlen interessant: So stehen die Beschäftigten des produzierenden Bereichs für mehr als 12 Mrd. Euro: 6,5 Mrd. Euro entfallen dabei auf Sozialversicherungsbeiträge

und 5,9 Mrd. auf die Lohnsteuer. Angesichts der vorliegenden Zahlen fordert die Industrie, dass in der nächsten Legislaturperiode der Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen konsequent weitergegangen wird.

INFORMATION

Aktuelle Facts & Figures über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Themen stehen für IV-Mitglieder in der **IVTopApp** zur Verfügung.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Susanne Stissen, Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Heidi Abentung, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschnitz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): gettyimages, Maximilian Rosenberger, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-Niederösterreich/Felix Büchele, IV-Öberösterreich/Eric Krügl, IV-Salzburg/gettyimages, IV-Steiermark/Foto Fischer, IV-Tirol/gettyimages, IV-Vorarlberg, IV-Wien/EY/Point of View

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Warum der heimische Kapitalmarkt weiterhin einen Schub benötigt

Industrie und Aktienforum haben ihre Forderungen zur Stärkung des Kapitalmarkts vorgelegt. Dieser schafft Wachstum und Beschäftigung, wie eine aktuelle iwi-Studie zeigt.

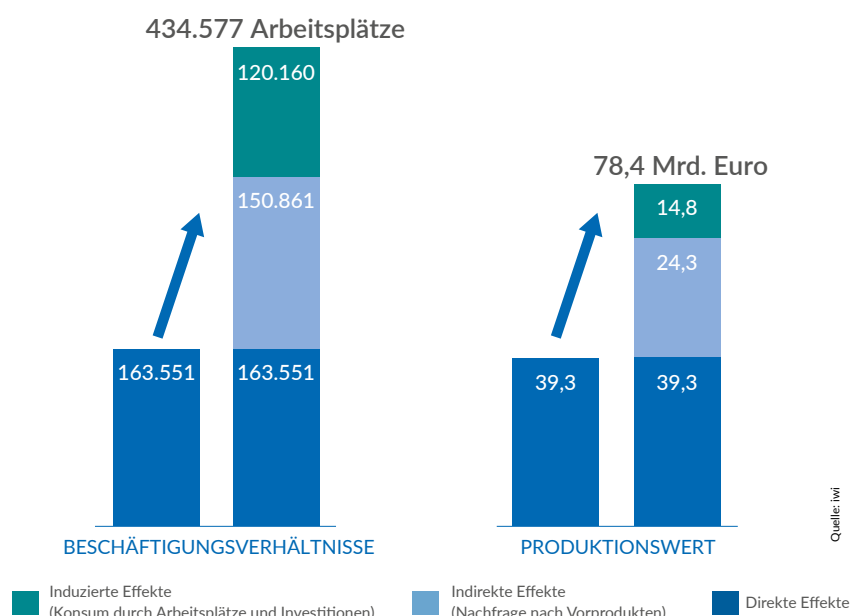
Ein attraktiver, moderner Kapitalmarkt ist kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, das den Menschen, Unternehmen und Anlegern Nutzen bringt. Für die Industrie ist klar: Die nächste Bundesregierung muss weiter proaktiv für den Kapitalmarkt handeln. Das forderten IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und Aktienforum-Präsident Robert Ottel bei einer Pressekonferenz im Oktober. Denn der Kapitalmarkt schafft Wachstum und Beschäftigung.

Eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (iwi) untermauert dies. Ökonomen haben berechnet, was die 75 börselisteten Unternehmen für die heimische Volkswirtschaft leisten. „Diese Unternehmen haben eine Wirtschaftskraft von 40 Mrd. Euro. Wenn wir uns die gesamtwirtschaftlichen Effekte ansehen, also alle Konsum- und Investitionseffekte, dann stehen sie für knapp 80 Mrd. Euro“, erklärt iwi-Chef Herwig Schneider.

Wesentlicher Stabilitätsfaktor für den Arbeitsmarkt

Gerade in Zeiten einer Konjunkturschwäche ist das ein wesentlicher Stabilitätsfaktor: „An den börsennotierten Unternehmen hängen insgesamt rund 435.000 Beschäftigungsverhältnisse. Ein Arbeitsplatz bedingt beinahe drei Jobs im Land.“ Das ist nicht zuletzt der engen Vernetzung mit ihrem wirtschaftlichen Umfeld geschuldet. So interagieren diese 75 Firmen mit rund 70.000 KMU. „Börse-Unternehmen setzen

Direkt und indirekt stehen 75 börsennotierte Unternehmen in Österreich für:



Die Ergebnisse der aktuellen iwi-Studie zum volkswirtschaftlichen Einfluss börsennotierter Unternehmen bestätigen eindrucksvoll, wie wichtig diese Betriebe für die Volkswirtschaft sind.

wichtige Qualifikationsimpulse. Sie sind ein wichtiger Transferknoten, um Technologie in unser Land zu bringen. Nicht zuletzt betreiben sie Standortmarketing für unser Land“, ergänzt Schneider.

Angesichts dieser Zahlen setzen sich IV und Aktienforum dafür ein, den heimischen Kapitalmarkt und Börse-Standort zu stärken: Gefordert wird eine Reduktion der Kapitalertragsteuer (KESt) von 27,5 auf einheitlich

25 Prozent. Die einseitige Anhebung der KESt auf Dividendenzahlungen 2016 war und ist in der Niedrigzinsphase ein fatales Signal an Privatanleger auf dem heimischen Kapitalmarkt. Zudem soll künftig steuerlich zwischen kurzfristiger Spekulation und langfristiger Investition, etwa zur Altersvorsorge, unterschieden werden. Um Letzteres in der breiten Bevölkerung zu fördern, wird empfohlen, Wertpapierveranlagungen, die länger als ein Jahr gehalten werden, gänzlich von

der KESt zu befreien. Diesen Anreiz gab es bereits – auch schon unter sozialdemokratischen Regierungen.

Bessere Finanzbildung gefordert

Um wieder mehr Unternehmen an die Börse zu bringen, schlagen Industrie und Aktienforum vor, Börsengänge durch eine steuerliche Anreizpolitik zu unterstützen und die Diskriminierung von Eigenkapital zu beenden. Ebenfalls auf dem Maßnahmenkatalog steht das Thema Finanzbildung. Als Anreiz und Erfolgscheck für mehr Wirtschaftsbildung sollte das OECD-Pisa-Tool zu „Financial Literacy“ auch hierzulande eingesetzt werden, fordern Industrie- und Kapitalmarktvertreter. Der Bedarf dafür ist gegeben, wie eine Meinungsumfrage im Vorjahr gezeigt hat: Beinahe vier von fünf Österreicher wissen laut Eigenangabe wenig über Veranlagungen an der Börse. Gleichzeitig befürworten drei von vier Österreicher bessere Wirtschafts- und Finanzbildung.



V.l.n.r.: iwi-Geschäftsführer Herwig Schneider, Aktienforum-Präsident Robert Ottel und IV-Generalsekretär Christoph Neumayer rückten den Kapitalmarkt und seine notwendige Weiterentwicklung bei einer Pressekonferenz in den Fokus.

IV-KONJUNKTURBAROMETER

INDUSTRIEKONJUNKTUR AM RANDE DER REZESSION

Die Abschwächung der österreichischen Industriekonjunktur setzt sich beschleunigt fort. Eine Bodenbildung oder eine Trendwende ist derzeit nicht in Sicht. Es ist damit zu rechnen, dass der heimischen Industrie eine längere Stagnationsphase bevorsteht.

Das geht aus der aktuellen IV-Konjunkturumfrage zum 3. Quartal 2019 hervor. Dabei bedarf es nicht mehr viel, um eine Rezession auszulösen. Ein negativer Schock, etwa in Form von Zöllen gegen europäische Automobilexporte in die USA,

würde absolute Produktionsrückgänge nach sich ziehen.

Nach wie vor erwartet die IV für 2019 ein Wachstum von 1,5 Prozent. Die Aussichten für 2020 und 2021 geben aber keinen Anlass für Optimismus. Aus heutiger Sicht ist ein Wachstum von 1 bis 1¼ Prozent für 2020 zu erwarten. Österreichs Industrie sieht sich aber mit einer „Horrorulisse“ aus eskalierenden Handelskriegen, ökonomischer Desintegration, fortbestehenden Sanktionsregimes und militärischen Drohgebärden konfrontiert.

Substanzielle Entlastung gefordert

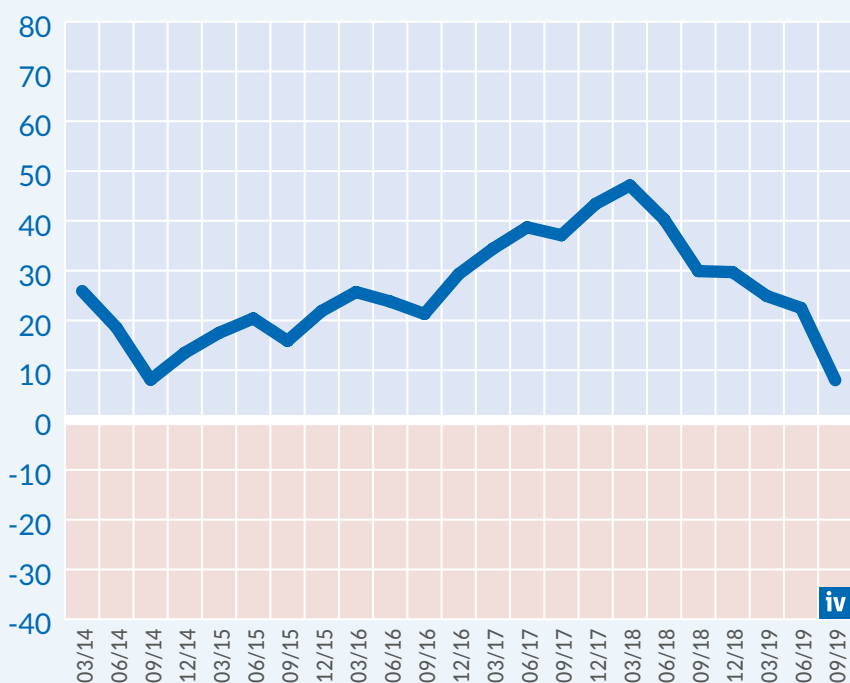
Dass die Rezession noch nicht in Österreich angekommen ist, hängt mit der erfolgreichen „kleinen Internationalisierung“ der heimischen Industrie wie auch des Finanzsektors in Richtung Zentral- und Osteuropa zusammen. Über die engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit dem betreffenden Raum importiert Österreich laufend konjunkturelle Impulse. Stabilisierend wirkt auch die Binnennachfrage infolge des noch zunehmenden Beschäftigtenstandes, der zurückgehenden Sparquote, der steuerlichen Entlastung der

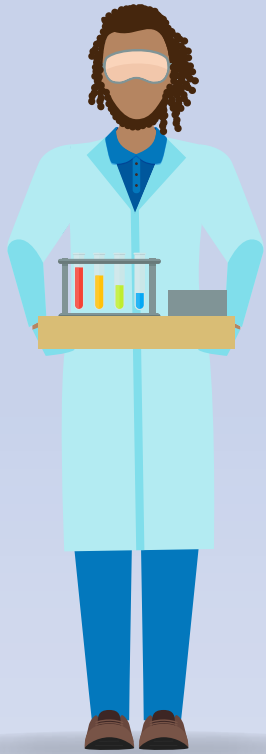
privaten Haushalte und anhaltend kräftiger Wohnbauinvestitionen.

Die IV fordert in Zeiten mit deutlich niedrigerem Wachstum eine nachhaltige und substanzielle Entlastung, die mit der von der ehemaligen Regierung im Frühjahr vorgestellten Steuerreform bereits konkret in Aussicht gestellt wurde. Angesichts der hohen Abgaben- und Steuerlast ist die damals angekündigte Senkung der Körperschaftsteuer ebenso notwendig wie die Reduktion der Lohnnebenkosten. Mit der geplanten Steuerreform wären die realen Nettoeinkommen im Jahr 2025 um rund 3 Prozent höher ausgefallen, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria errechnet. Die Beschäftigung würde längerfristig um etwa 1 Prozent höher ausfallen als ohne Steuerreform.

WEBTIPP

Den aktuellen Trend-Podcast mit IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und IV-Chefökonom Christian Helmenstein zur aktuellen IV-Konjunkturprognose zum Nachhören: www.trend.at/themen/podcast





Qualifizierte Zuwanderung braucht Strategie

Der Fachkräftemangel bedroht Wachstum und Wohlstand in Österreich. Neben einer besseren Qualifizierung der Menschen im Land und der Erhöhung der Frauenerwerbsquote soll auch strategisch gestaltete Zuwanderung einen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs leisten, fordert die IV. Wie diese aussehen soll, zeigt eine Studie des International Center for Migration Policy Development.

IV-Präsident Georg Kapsch bringt die Herausforderung auf den Punkt: „Wenn wir nicht genug Qualifizierte haben, dann hat das ernste Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial im Land und damit auf unser aller Wohlstand.“ Tatsache ist: Der Fachkräftemangel entwickelt sich zur Wachstumsbremse, was gerade in konjunkturell fordernden Zeiten besonders problematisch ist. Allein 2018 betrug der Fachkräftebedarf in der Industrie 60.000 Personen. Rund 10.500 Stellen konnten nicht besetzt werden. „Der Kampf gegen den Fachkräftemangel muss neben der notwendigen Entlastung klare Priorität der nächsten Bundesregierung sein“, fordert IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Demografische Prognosen sind eindeutig

Die demografischen Prognosen sagen Österreich zwar eine Steigerung der Gesamtbevölkerung auf rund 9,7 Mio. Menschen bis 2050 voraus, doch daraus lässt sich nicht der Schluss ziehen, dass dem Arbeitsmarkt mehr Fachkräfte zur Verfügung stehen werden: Es wird nämlich auch die Zahl der Personen, die 65 Jahre und älter sind, deutlich zunehmen – von rund 1,6 Mio. auf rund 2,6 Mio. bis 2050. Auf 100 Personen im Erwerbspersonenalter werden rund

„Wir dürfen Zugewanderte nicht als Lückenfüller sehen, sondern als Menschen, die uns langfristig enormes Innovationspotenzial bringen.“

Georg Kapsch
IV-Präsident

47 kommen, die über 65 Jahre alt sind. Klar ist daher: Österreich braucht qualifizierte Zuwanderung – und qualifizierte Zuwanderung braucht Strategie. Kapsch: „Wir brauchen eine Vision und eine Strategie für qualifizierte Zuwanderung. So etwas haben wir nicht und hatten es bisher auch noch nie.“ Die Grundlagen für eine österreichische Zuwanderungsstrategie ließ die Industriellenvereinigung kürzlich in einer

Studie des International Center for Migration Policy Development (ICMPD) unter der Leitung von Generaldirektor Michael Spindelegger erstellen.

„Alle Analysen und Prognosen unterstreichen die steigende Nachfrage nach höherqualifizierten Personen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt.“

Michael Spindelegger
ICMPD-Generaldirektor

Zuwanderer sind keine Lückenfüller

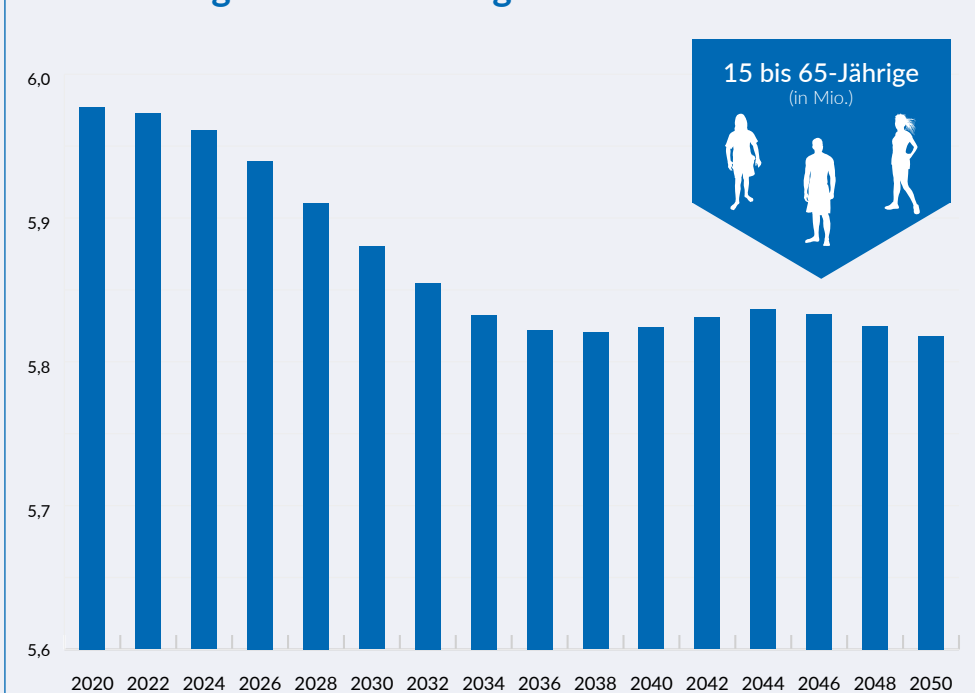
Als Kern der Vision einer österreichischen Zuwanderungsstrategie formulierten die Migrationspolitikexperten, dass der „Wirtschaft eine ausreichende Zahl gut qualifizierter Fachkräfte zur Verfügung stehen“ soll. Die Rekrutierung und Zuwanderung dieser

Personen soll das Ergebnis eines permanenten und gut aufeinander abgestimmten Systems von Institutionen und Maßnahmen in Österreich und in den Herkunftsländern ausländischer Fachkräfte sein. „Schließlich sollten die Fachkräfte nicht nur bestehende Lücken füllen, sondern mit ihren Ideen und Fähigkeiten das Innovationspotenzial im Land erhöhen, den Standort stärken und Wirtschaft und Sozialsystem fit für Digitalisierung und globalen Wettbewerb machen“, heißt es in der Studie. Dies ist auch IV-Präsident Kapsch ein großes Anliegen: „Wir dürfen Zugewanderte nicht als Lückenfüller sehen, sondern als Menschen, die uns langfristig enormes Innovationspotenzial bringen.“

Auf Basis dieser Vision soll eine österreichische Strategie für qualifizierte Zuwanderung folgende Ziele verfolgen:

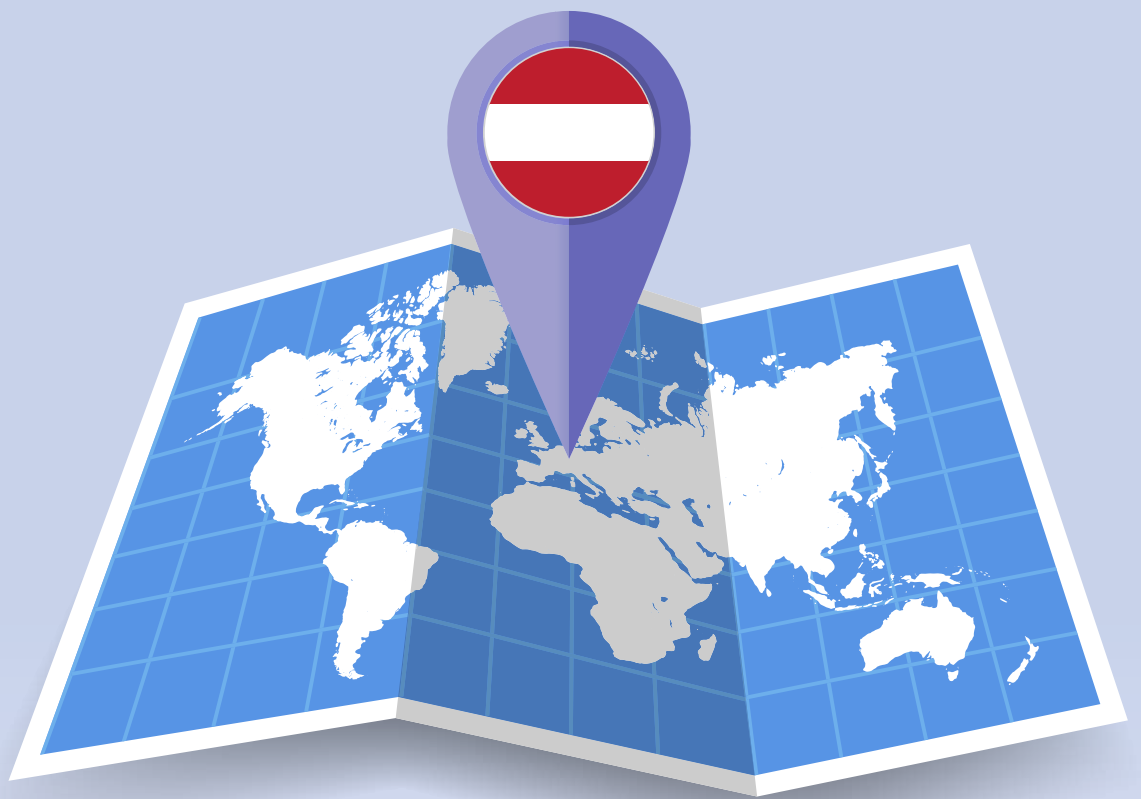
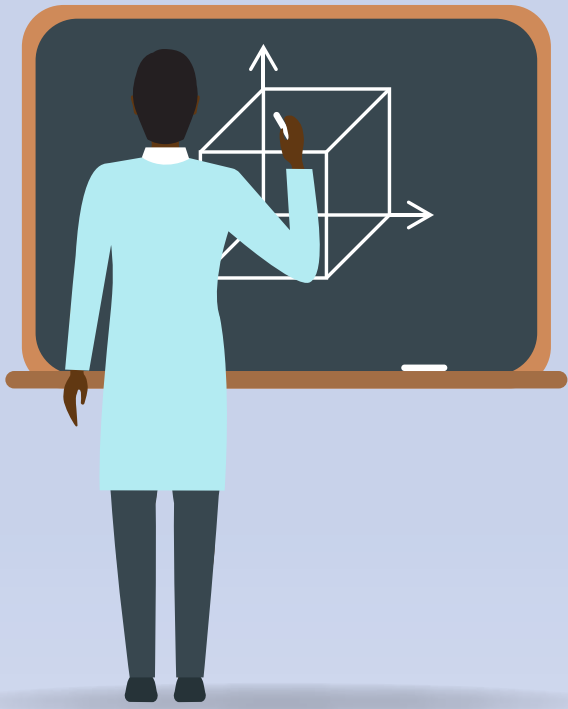
- Die Fachkräftebasis erhalten, die Zukunft des Wirtschafts- und Sozialstandortes sichern, die Zuwanderung von Hochqualifizierten und Fachkräften steigern.
- Die Attraktivität des Standortes für Hochqualifizierte und Fachkräfte erhöhen, bürokratische und andere Hürden abbauen und zugewanderte Personen flächendeckend unterstützen.
- Die Zusammenarbeit mit ausgewählten Herkunftsländern ausbauen, Ausbildungspartnerschaften etablieren und den Mehrwert für die Zielländer, die Herkunftsländer und die Fachkräfte selbst sicherstellen.

Entwicklung der Bevölkerung bis 2050



Durch die demografische Entwicklung wird das Erwerbspersonenpotenzial trotz Zuwanderung bis 2050 abnehmen. Gleichzeitig wird die Zahl der Personen, die 65 Jahre und älter sind, klar zunehmen.





EU-Potenziale besser nutzen

„Alle Analysen und Prognosen unterstreichen die steigende Nachfrage nach höherqualifizierten Personen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Zur Sicherung der Fachkräftebasis braucht es zweierlei: höhere Qualifizierung und Erwerbstätigkeit im Inland sowie eine wohldurchdachte und proaktive Steuerung der qualifizierten Zuwanderung“, fasst ICMPD-Generaldirektor Spindelegger die Befunde der Migrationspolitikexperten zusammen. Welche konkreten Handlungsoptionen für qualifizierte Zuwanderung zur Verfügung stehen, zeigt die von der IV beauftragte Studie im Detail auf. Unter den 14 angeführten Handlungsoptionen findet sich etwa die Erhöhung des Mobilitätspotenzials innerhalb Europas: Nur rund 12,5 Mio. erwerbsfähige EU-Bürger leben in einem anderen EU-Land. Gleichzeitig gibt es aber rund 15,7 Mio. Arbeitslose in der EU. Dementsprechend ist die Arbeitsmobilität innerhalb Europas zu stärken. Außerhalb der EU schlagen die Experten die Zusammenarbeit mit Partnerländern vor, deren Liste nicht zu umfassend ausfallen und nach klaren Kriterien erstellt werden sollte. Wesentliche Faktoren sind unter anderem Passgenauigkeit zwischen Anforderungen, Bedarf und Fachkräfteangebot, allgemeines Bildungsniveau und Vergleichbarkeit der Bildungs- und Ausbildungssysteme. „Wir müssen die Herkunftsländer genau nach Bedarf auswählen und selektieren – und dann Partnerschaften mit ihnen eingehen“, unterstreicht Präsident Kapsch den migrationspolitischen

Handlungsbedarf. In klar definierten Herkunftsländern sollte dann bereits vor Ort neben der beruflichen auch die soziale und kulturelle Integration von zuwanderungsinteressierten Fachkräften gefördert werden.

„Der Kampf gegen den Fachkräftemangel muss neben der notwendigen Entlastung klare Priorität der nächsten Bundesregierung sein.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Das umfasst unter anderem die Einrichtung von „One-Stop-Shop“-Ausbildungszentren, Beratung und Begleitung bei administrativen Prozessen sowie Sprach- und vorbereitende Integrationskurse.

Hohen Wert von qualifizierter Zuwanderung erklären

Neben den Maßnahmen in Europa und in Drittstaaten ist für eine Stärkung der

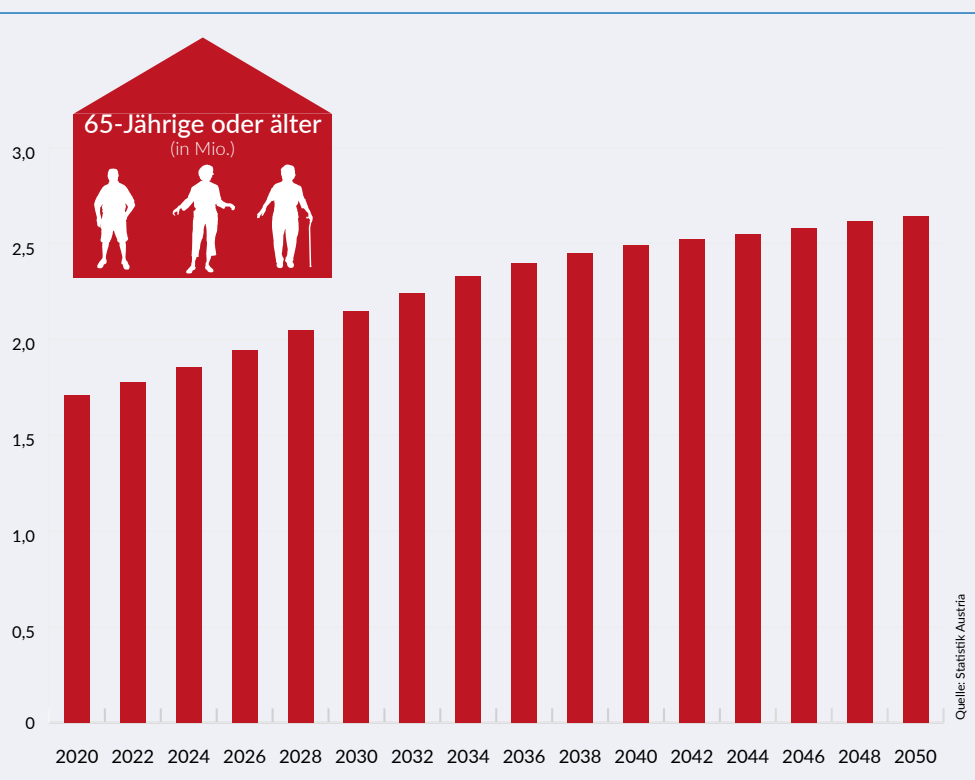
qualifizierten Zuwanderung auch in Österreich viel zu tun, so die ICMPD-Studie. Die Experten schlagen etwa vor, die gesetzlichen Grundlagen sowie Abläufe und Verfahren zu optimieren und einen geeigneten institutionellen Rahmen zu schaffen. Um die Attraktivität Österreichs zu steigern, brauche es etwa mehr englischsprachige Schulen und eine verbesserte Behördenkommunikation. Entscheidend für das Gelingen qualifizierter Zuwanderung sei schließlich eine begleitende Kommunikationsstrategie, die Ziele, Nutzen und Wirkung im Inland und Ausland professionell transportiert. „Das ist auch die Basis, damit wir in Österreich die richtige Balance zwischen der Integrationsfähigkeit des Landes und dem Bedarf der Wirtschaft finden“, erläutert Generalsekretär Neumayer. „Man muss den Menschen die Angst nehmen und ihnen den hohen Wert von qualifizierter Zuwanderung erklären – nämlich, dass wir damit unser aller Wohlstand stärken und erhalten können. Wir müssen bei der Zuwanderung vom Verwalten zum Gestalten kommen, und dafür braucht es auch einen Paradigmenwechsel im Mindset der Menschen“, so IV-Präsident Kapsch. Den braucht es zweifellos auch mit Blick auf den wachsenden Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderung. Kapsch aus Sicht eines potenziellen Zuwanderers: „Wenn bei uns Verfahren sieben Monate dauern, sie aber z.B. in der Schweiz kürzer sind und ich dort obendrein weniger Steuern zahle, warum sollte ich dann nach Österreich gehen?“

INFORMATION

Die Studie des International Center for Migration Policy Development (ICMPD) im Auftrag der IV untersuchte, welche demografischen, technologischen und wirtschaftlichen Trends die Verfügbarkeit von benötigten Fachkräften in Österreich, Europa und darüber hinaus bestimmen werden.

Gleichzeitig gibt sie Antworten auf die Frage, inwieweit qualifizierte Zuwanderung zur Sicherung der Fachkräftebasis beitragen und wie sie am besten gestaltet werden kann.

Die gesamte Studie sowie eine Zusammenfassung zum Download finden Sie unter www.iv.at/iv-positionen/november19



2050 werden auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter insgesamt 46,5 Personen kommen, die 65 Jahre oder älter sind. Das bedeutet einen Anstieg von 63,7% gegenüber heute.



Industrie würdigt Spitzenleistungen von Pädagogen

Bereits zum achten Mal prämierte die IV mit dem IV-Teacher's Award die besten Pädagogen des Landes.

Begeisterte und leidenschaftliche Pädagogen haben eine Schlüsselrolle im gesamten Bildungsgeschehen und entscheidenden Einfluss auf Lernfortschritt und Bildungsqualität – vom Kindergarten bis in die Schule. Um diese Leistungen anzuerkennen und wertzuschätzen, zeichnet die Industrie herausragende pädagogische Leistungen seit 2008 mit dem IV-Teacher's Award aus.

Was haben Wunderlampen, Beebots, ein Sprachwagen und Potenzialentfaltung gemeinsam? Wie gelingt technische & digitale Bildung, wie die Life Challenge oder ein Business-Start-up? Was erforschen MINT-Kids, wie begeistert Jung (mit Vielf)Alt und was schafft eigentlich Wasser:Kraft? Antworten auf all diese Fragen gab es bei der Preisverleihung des diesjährigen IV-Teacher's Award im Oktober – mittlerweile bereits der achte seiner Art, ermöglicht durch die Unterstützung

zahlreicher Unternehmen und in Kooperation mit der Bildungsinitiative „Neustart Schule“.

Aus mehr als 170 Einreichungen gewannen 12 Projekte von Pädagogen aus ganz Österreich in den Kategorien Elementarpädagogik, Individualität, Wirtschaftskompetenz und MINT. Bei einer Gala prämierten IV-Präsident Georg Kapsch, Bildungsministerin Iris Rauskala und der Vorsitzende des IV-Ausschusses für Bildung & Gesellschaft Axel Kühner die

Gewinner im Haus der Industrie. Fazit des Abends: Die „Schule und der Kindergarten der Zukunft“ werden bereits an vielen Orten erfolgreich gelebt. Das stellen alle Preisträger eindrucksvoll unter Beweis.

INFORMATION

Weitere Informationen über den IV-Teacher's Award und die spannenden Projekte finden Sie unter: www.teachersaward.iv.at

DIE PREISTRÄGER AUF EINEN BLICK

ELEMENTARPÄDAGOGIK

1. PLATZ: REGINE JELENZ & TEAM - MINT-KIDS
2. PLATZ: MANUELA LASSNIG & TEAM - WASSER:KRAFT. WAS WASSER SCHAFFT.
3. PLATZ: BRIGITTE BURESCH & SUSANNE PÖTZL - DER SPRACHWAGEN

INDIVIDUALITÄT

1. PLATZ: INGRID MAIR-MAYER - PROJEKTIC - PRIJATELJSTVO HEISST FREUNDSCHAFT
2. PLATZ: RAINER GRAF - INDIVIDUALISIERUNG UND POTENZIALENTFALTUNG
3. PLATZ: JOHANNA TAMERL & BEATRIX MARK-GRÜNAUER - JUNG BEGEISTERT (MIT VIELF)ALT

WIRTSCHAFTSKOMPETENZ

1. PLATZ: MIRIAM PIRINGER - BINDABEI!
2. PLATZ: GEORG FRAUSCHER - BUSINESS - START-UP!
3. PLATZ: GERNOT SCHEFFKNECHT - THE LIFE CHALLENGE - ECONOMY 4 REAL

MINT

1. PLATZ: DIETMAR BÖDNER - ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE - TECHNIK MACHT SPASS
2. PLATZ: ELISABETH MATSCHKE & TEAM - „IF THEN...“ - BEEBOT - QR UND CO
3. PLATZ: DANIELA WARTER & TEAM - TECHNISCHE UND DIGITALE BILDUNG DURCH IBF



DIE DIESJÄHRIGEN PREISTRÄGER MIT BILDUNGSMINISTERIN IRIS RAUSKALA UND DEM VORSITZENDEN DES IV-AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG UND GESELLSCHAFT AXEL KÜHNER

AKTUELLES

„Spitzenkräfte braucht das Land“

Das Fundament eines erfolgreichen Wissenschafts- und Technologiestandorts besteht aus Wissenschaft, innovativen Köpfen und Unternehmen. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein entscheidender Erfolgsfaktor um das Innovationspotenzial in Österreich zu heben und die Zukunftsfähigkeit des Landes langfristig zu stärken.

Zur weiteren Vertiefung der guten Kooperation zwischen heimischer Wirtschaft und

Wissenschaft luden Industriellenvereinigung und TU Austria (TU Wien, TU Graz, Montanuniversität Leoben) bereits zum zweiten Mal zum „Hochschulpolitischen Dialog“ in das Haus der Industrie. Nationale und internationale Experten sowie Unternehmensvertreter diskutierten über die Herausforderungen für Unternehmen beim Werben um internationale Spitzenkräfte und darüber, wie sich österreichische Universitäten im europäischen und internationalen Forschungsraum positionieren, um im Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich zu sein.



V.l.n.r.: Harald Kainz (TU Graz), Sabine Seidler (TU Wien/TU Austria), IV-Präsident Georg Kapsch, Bildungsministerin Iris Rauskala, Elisabeth Tomaschko (Boehringer Ingelheim RCV GmbH & Co KG), Wilfried Eichlseder (Montanuniversität Leoben), Axel Kühner (CEO Greiner AG)

Ohne Innovation ist alles nichts

Ob es um Standortpolitik, das Gesundheitswesen oder Klimawandel geht: Stets werden innovative Lösungen eingemahnt, innovative Ansätze gefordert und der Wandel zum Besseren, zum Fortschritt beschworen. Allerdings ist nicht automatisch gut, was neu ist. Neben dem kontinuierlichen Innovationsprozess lohnt es sich auch die Überlegung anzustellen, was bewusst aus der Welt geschafft werden soll: unerwünschte Dinge und Technologien, aber auch Verhaltens- und Handlungsweisen. Wie gehen wir mit altbekannten Prozessen um? Was müssen wir auch wieder „verlernen“? Wer soll diesen „Exnovationsprozess“ steuern? Diesen Fragen widmeten sich an die 100 Teilnehmer beim fünften gesellschaftspolitischen Diskurs des Projekts „überMorgen“ in der Generali Arena in Wien.

In drei Impulsen beantworteten Wolf Lotter, Journalist, Autor und Gründungsmitglied des Magazins „brand eins“, Barbara Inmann, Geschäftsführerin des Impact Hub Wien, und Hanno Burmester, Gründer von Unlearn und Policy Fellow des Thinktanks „Das Progressive Zentrum“, die Frage „Was muss sterben, was soll werden?“

Bei der Diskussion war man sich darüber einig, dass Innovation kein Selbstzweck sei, sondern immer Lösung für ein konkretes Problem. Während Wolf Lotter und Hanno Burmester für mehr Gelassenheit und Reflexion sowie ein breites Verständnis von Innovation eintraten, betonte Andreas Bierwirth, CEO Magenta Telekom, dass wir bessere Innovations-Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der Digitalisierung bräuchten, denn Österreich

sei „Beifahrer der Innovation“. Historikerin Gudula Walterskirchen betonte, dass das technisch Machbare nicht von der Verantwortung für die gesellschaftlichen Folgen getrennt werden dürfe. Trendforscher Harry Gatterer erklärte, dass es die Kernfrage sei, wie wir eine Gesellschaft gestalten können, die zuversichtlich in die Zukunft blickt – dafür müsse man die innovativen Kräfte bündeln.



Magenta Telekom-CEO Andreas Bierwirth forderte bessere Innovations-Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der Digitalisierung.



HINTERGRUND

Das Projekt „überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs“ setzt sich in acht Diskursen in fünf Bundesländern mit grundlegenden Fragen des gesellschaftlichen Wandels und Zukunftsvorstellungen auseinander.

Der achte und letzte Diskurs findet am 27. November (Wien) statt. Alle Informationen zum Projekt finden Sie unter www.uebermorgen.at

JI-Bundestagung 2019: #cloudworker – Digitale Arbeit

Bei der Bundestagung 2019 in Tirol drehte sich alles um die Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung.

Die Teilnehmer bekamen im Rahmen der Bundestagung vor allem Einblicke in die digitale Arbeitswelt in der Praxis, spannende Insights von Tiroler Hidden-Champions boten Wissenswertes über innovative Konzepte und neue Rahmenbedingungen moderner Arbeit. Denn „die Di-

gitalisierung ist in der Industrie längst angekommen“, wie auch JI-Tirol-Vorsitzender und Gastgeber David Lindner bei seiner Begrüßung in der Swarovski Manufaktur betonte.

Das Programm der Tagung am Vormittag des 11. Oktober ermöglichte, auf drei Gruppen verteilt, die Besichtigungen innovativer

Betriebe wie Thöni, DAKA & Höpperger, LINDNER, FRÖSCHL, STEKA, oder INNIO Jenbacher. Im Anschluss folgten spannende Keynotes und Impulse zu Themen wie innovative Bürokonzepte, den rechtlichen Herausforderungen neuer Arbeitsformen oder auch dem bevorstehenden 5G-Ausbau und den aktuellen Möglichkeiten des Arbeitens aus der Cloud.

Nach einem optionalen Besuch in den Swarovski Kristallwelten fand sich schließlich abends im „Das Brahms“, im neuen Innsbrucker Haus der Musik, genug Zeit für entspannten Austausch und Netzwerken. Für all jene mit Stehvermögen ging es zum Ausklang am Samstag noch bei einer gemeinsamen Wanderung auf die Umbrüggler Alm.

INFORMATION
Mehr Bilder sowie ein Video zur Bundestagung 2019 finden Sie auf www.jungeindustrie.at



Man trägt Grün

Ehemals „grüne“ Themen sind längst nicht mehr Minderheiten vorbehalten. Ob der Hype dem Klima aber wirklich nützt, ist eine andere Frage.

Bei der JI-Bundestagung wurde viel diskutiert. Neben dem Thema der Tagung, also wie sich „Arbeiten“ durch die Digitalisierung verändern wird, war auch dort das aktuelle Modethema Nr. 1: Umwelt- und Klimapolitik. Ich wurde oft gefragt, wie denn die JI dazu stehe? Ich gebe zu, ich wollte mich anfänglich gar nicht dazu äußern – denn es äußern sich im Moment alle dazu, und wir haben unsere „Mutter“ IV, die auf dem Gebiet gut aufgestellt ist. Andererseits verstehe ich, dass man um das Thema nicht herumkommt. Ich glaube, als junge Vertreter der Industrie sollten wir einfach bei den Fakten bleiben: Ja, es gibt den menschengemachten Klimawandel. Außerdem ist es wichtig, dem auch Rechnung zu tragen.

Allerdings bitte mit mehr Sachlichkeit und Ehrlichkeit! Leute, die auf Anti-Kapitalismus-Demos (der Kapitalismus trage natürlich Hauptschuld am Klimawandel!) freudig Selfies mit ihrem iPhone machen, sind genauso ungläubig wie Industrievertreter, die einfach behaupten, es sei dem Klima völlig wurscht, was wir so auf der Erde treiben. Bei emotionalen Themen werden gerne Extrempositionen gegenübergestellt. Das ist spannend, hat vor allem medial auch einen gewissen Sex-Appeal – hilfreich ist es nicht. Beim Thema Klimaschutz könnten wir dabei sogar ein wenig stolz sein – Europa hat es weit gebracht: Noch in den 1950er-Jahren gab es Tote aufgrund von Smog in Europas Städten. Man frage „Dr. Google“ mal beispielsweise nur nach „The Great Smog“. Saurer Regen, verschmutzte Flüsse – immer wieder hatten Umweltthemen Konjunktur. Zum Glück!

Heute haben viele Gewässer in Österreich Trinkwasserqualität, Europa ist beim Klimaschutz Vorreiter. Trotz steigender Produktion haben wir unseren Energieverbrauch gesenkt! Bei den Treibhausgasemissionen ist die EU längst nicht Hauptverschmutzer, unser Anteil tendiert hier unter die Zehn-Prozent-Grenze.

Anstatt uns selbst zu geißeln sollten wir vielleicht danach streben, anderen auf dem Weg hin zu mehr Umweltfreundlichkeit zu helfen. Technologie und Innovation sind sicher ein wichtiger Teil der Lösung. Für eine sachliche Debatte benötigt man die Fakten sowie Kenntnis über die relevanten Zusammenhänge. Die gehen in der öffentlichen Diskussion oft unter. Vielleicht läge hier auch für die JI ein spannendes Betätigungsfeld.

Herzlichst Euer

Andi Wimmer,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



Franz Dornig, Leiter des Cognitive Solutions-Bereichs von IBM, berichtete über „Arbeiten aus der Cloud“.



Universitätsprofessor Franz Pegger referierte über „Gig-Economy und Arbeitsrecht“.



Spannende Infos gab es zum Auftakt in der Swarovski Manufaktur.



Eindrucksvolle Impulse am Nachmittag nach den Betriebsbesichtigungen.



Didi Lenz, verantwortlich für Innovation und Design bei BENE, informierte über flexible Arbeitsplatzgestaltung.



Die JI-Tirol organisierte die heurige Bundestagung, im Bild GF Max Oestreich (l.) und Vorsitzender David Lindner.



Manfred Heidegger (A1) gab den Teilnehmern einen Einblick in die bevorstehende Revolution durch 5G.

Spin-offs, Start-ups und Prototypen vor den Vorhang

Bereits zum 4. Mal wurde der Gründerpreis Phönix im Haus der Industrie für innovative Produktideen und herausragende Forschungsleistungen vergeben. „Die Kombination aus etablierter Industrie und Start-ups ist die Zukunft des Standortes“, betonte IV-Präsident Georg Kapsch bei der Verleihung im Oktober. Dabei könnten die Start-ups sowohl ein

Spin-off einer Universität als auch eines Unternehmens sein: „Beides brauchen wir, ohne sie würde Österreich etwas abgehen.“ Generell gelte es, auch weiterhin das Innovationspotenzial des Landes zu heben. Die Auszeichnung wird unter anderem von der IV organisiert und trägt dazu bei, Spin-offs, Start-ups und Prototypen einem breiten Publikum vorzustellen.

Mit der IV zur wichtigsten Zukunftsveranstaltung in den USA

Vom 13. bis 22. März 2020 findet das South by Southwest (SXSW) im texanischen Austin statt. Es ist die größte und wichtigste Digital-, Innovations-, Kreativ- und Zukunftsveranstaltung der Welt und beschäftigt sich mit digitalen Fragen quer über unterschiedliche Branchen und The-

men hinweg: von IOT zu Blockchain, von Marketing über Medtech bis zu Future of Food, von Smart Manufacturing bis zur Zukunft des Bankings, von Media & Entertainment Business bis zu Creative Tech. Für ihre Mitglieder ermöglicht die IV eine abgestimmte und vergünstigte Konferenzteilnahme.

IV-INFOS



WEBTIPP
Weitere Details und Informationen finden Sie auf www.iv.at/iv-positionen/november19 bzw. bei Tina Dworschak (tina.dworschak@iv.at)



Unternehmer des Jahres ausgezeichnet

Am 18. Oktober 2019 wurde der diesjährige „Entrepreneur Of The Year Award“ verliehen. Die IV-Wien ist Partner dieser Initiative.

Rund 600 Gäste kamen in den Festsaal der Wiener Hofburg, um die Verleihung des EY-Unternehmerpreises zu verfolgen. Der „EY Entrepreneur Of The Year“ (EOY) gehört zu den weltweit renommiertesten Auszeichnungen für Unternehmerinnen und Unternehmer und wird seit über 30 Jahren in rund 60 Ländern vergeben. Mit über 50.000 Bewerbungen ist der EOY der größte Unternehmerwettbewerb der Welt.

Der Award wurde in fünf Kategorien vergeben: „Industrie & Hightech“, „Handel & Konsumgüter“, „Dienstleistungen“, „Start-ups“ und „Social Entrepreneur“. Zu den Beurteilungskriterien der Fachjury zählten dabei unternehmerische Leistung, Geschäftsentwicklung, Innovationskraft, Mitarbeiterführung und Zukunftsfähigkeit.

IV-Wien-Präsident Christian C. Pochtler übergab den Award in der Kategorie „Industrie & Hightech“. Preisträger Christoph Steindl und sein Unternehmen Catalysts entwickeln individuelle und innovative Software-Lösungen in den Branchen Mobility, Financial Services, Public und Space. Der Durchbruch gelang Catalysts mit einer Entwicklung für die European Space Agency (ESA), durch die hochkomplexe Algorithmen für die Raumfahrt um den Faktor 100 beschleunigt werden konnten. Christoph Steindl wurde von der Jury zudem als Vertreter Österreichs beim „EY World Entrepreneur Of The Year 2020“ in Monte Carlo ausgewählt.

In der Kategorie „Dienstleistungen“ konnte sich erfreulicherweise IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek den Titel „Entrepreneur of the Year“ sichern. Die Simacek-Gruppe beschäftigt über 8.000 Mitarbeiter in den Bereichen Reinigung, Sicherheit, Verpflegung, Hausbetreuung u.v.m. und ist in Österreich, Deutschland, Ost- und Südosteuropa tätig.

Als „Social Entrepreneur“ des Jahres wurde Martin Rohle ausgezeichnet, der mit seinem Restaurant Habibi & Hawara Geflüchteten

eine Chance auf Ausbildung und Unternehmertum bietet. Anita Frauwallner vom Institut AllergoSan, einem Kompetenz- und For-

schungszentrum rund um Darmgesundheit, war in der Kategorie „Handel & Konsumgüter“ siegreich. Bei den „Start-ups“ setzten

sich Eric Demuth und Paul Klanschek von Bitpanda, einer Handelsplattform für den Kauf und Verkauf von Digital Assets, durch.



Präsident Christian C. Pochtler bei seiner Laudatio



Vizepräsidentin Ursula Simacek nimmt ihren Award in Empfang.



V.l.n.r.: Gunther Reimoser (EY), Christian C. Pochtler (IV-Wien), Christoph Steindl (Catalysts), Erich Lehner (EY)



Mit Mut an die Weltspitze

Aktuell finden gerade intensive Verhandlungen über jene politische Koalition statt, die unser Land in den nächsten Jahren regieren wird. Wichtigste Aufgabe dieser neuen Bundesregierung wird es angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung sein, Österreich als Standort attraktiver und damit wettbewerbsfähiger zu machen. Nur so können Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land gesichert werden.

Österreich befindet sich in diversen internationalen Standortrankings regelmäßig im guten Mittelfeld. Im aktuellen „Global Competitiveness Report“ des World Economic Forum etwa belegt unser Land Platz 21. Die Region Wien/Niederösterreich wurde im kürzlich erschienenen „Regional Competitiveness Index“ der Europäischen Kommission auf Platz 29 gereiht. Das kann für uns allerdings noch kein zufriedenstellendes Ergebnis sein. Vielmehr brauchen wir eine klare Vision und nachhaltige Maßnahmen, um unser Land kontinuierlich an die Weltspitze zu führen.

Dabei ist der industrielle Sektor im internationalen Wettbewerb um Investitionen, Innovationen und Talente ein wichtiger Erfolgsfaktor. Gemeinsam mit ihren verbundenen Sektoren steht die österreichische Industrie direkt und indirekt für über 50 Prozent der gesamten Wertschöpfung im Land. Damit ist sie Fortschrittsmotor, Arbeitsplatzgarant und Nach-

haltigkeitsturbo erster Güte und nimmt so auch eine wichtige Rolle bei der Bewältigung sozialer und ökologischer Herausforderungen ein. Damit die Industrie dieser Rolle auch in Zukunft gerecht werden kann, muss die Politik geeignete Rahmenbedingungen schaffen.

An erster Stelle steht dabei die Unterstützung technologischer Innovationen, insbesondere auch im Bereich modernster, digitalisierter Produktionsmethoden. Denn nur dadurch kann es uns gelingen, international wettbewerbsfähig zu bleiben. Zugleich werden durch neue Technologien Produktionsprozesse auch ressourcenschonender gestaltet und so das harmonische Miteinander von Wohnen und Arbeiten gefördert – das ist insbesondere in wachsenden und sich verdichtenden Städten ein zentrales politisches Anliegen.

Damit Österreich an Innovationskraft gewinnen kann und die digitale Transformation

gelingt, braucht es vor allem Investitionen in Forschung und Bildung, zugleich aber auch in moderne digitale Infrastruktur. Der flächendeckende Breitbandausbau muss zügig vorangetrieben werden, sowohl leitungsgebunden als auch via 5G-Mobilfunknetz. Denn nur auf Basis einer zeitgemäßen Breitbandinfrastruktur können Zukunftstechnologien wie das Internet of Things (IoT), die autonome Mobilität oder die Telemedizin erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden.

Darüber hinaus muss die Bundesregierung selbstverständlich auch den Weg der Entlastung für Menschen und Unternehmen konsequent fortsetzen. Nachdem das erste Paket der geplanten Steuerreform bereits im Parlament verabschiedet wurde, sollten nun auch die weiteren Teile rasch beschlossen werden. Insbesondere die in Aussicht gestellte Senkung der Körperschaftsteuer hat größte Bedeutung für unseren Standort.

Zusätzlich braucht es einen klaren Pfad zur längst überfälligen Abschaffung der kalten Progression. Denn es kann nicht sein, dass der Fiskus Hauptprofiteur der jährlichen Lohn- und Gehaltserhöhungen ist.

Der Standort Österreich kann nur dann zur Weltspitze aufschließen, wenn Wirtschaft, Industrie und Politik an einem Strang ziehen, Kräfte bündeln und Stärken fördern. Die nächste Bundesregierung wird gut beraten sein, sich diesen Aufgaben mit voller Kraft zu widmen.

Ihr

Christian C. Pochtl
Präsident der IV-Wien

AKTUELLES IN KÜRZE

Die Sieger des „amaZone-Award“ sind gekürt

Auch heuer wieder wurden Betriebe prämiert, die Mädchen und Frauen in technischen und handwerklichen Ausbildungen besonders fördern.

Anfang Oktober wurde in den Räumen der Wirtschaftskammer der diesjährige „amaZone-Award“ vergeben. Eine Jury wählte aus zahlreichen Bewerbungen Siegerbetriebe in vier Kategorien aus. Die

IV-Wien ist seit vielen Jahren Partner des „amaZone-Awards“. Auch wenn Mädchen und Frauen in nicht-traditionellen Berufen heutzutage schon öfter anzutreffen sind, so sind sie immer noch mit Vorurteilen und Widerständen konfrontiert. Der „amaZone-Award“ zeichnet jene Betriebe aus, die diesem Umstand mit Engagement und Innovation entgegenwirken und Best Practices für Frauen in technischen Ausbildungen bieten.

In der Kategorie „Kleinstunternehmen“ (bis 9 Mitarbeiter) prämierte die Jury heuer die Werkstatt Philipp Cibulka. In der Kategorie „Kleinunternehmen“ (bis 49 Mitarbeiter) gewann die BLUESAVE Consulting GmbH. Bei den „Mittel- und Großunternehmen“ setzte sich die Allplan GmbH durch und in der Gruppe der „Öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Unternehmen“ waren die IT-Services der Sozialversicherungen siegreich.



JI zu Gast bei Prangl

Am 17. Oktober besuchten Mitglieder der JI-Wien und JI-NÖ/Bgld. den Baumaschinenspezialisten Prangl in Wien-Liesing. Prangl-gelbe Kräne, Hebebühnen und LKWs sind aus dem Wiener Stadtbild nicht wegzudenken. Man sieht sie auf Baustellen, aber auch bei Musikfestivals oder Filmdrehn; nicht zuletzt im Bruce-Willis-Blockbuster „Stirb Langsam 5“, wo ein Prangl-Fahrzeug Kulisse für den Hauptdarsteller sein durfte.

Bruce Willis blickt einem denn auch prominent von den Wänden der Firmenzentrale in Wien-Liesing entgegen. Von Brunn am Gebirge (NÖ) auf dieses 50.000-Quadratmeter-Areal übersiedelte Prangl 2017 seinen gesamten Betrieb, inklusive des beachtlichen Fuhrparks von mehreren tausend Geräten. Ein Großprojekt, das insgesamt mehr als zehn Jahre an Vorarbeiten in Anspruch nahm.

Gastgeber Christian Prangl, selbst ehemaliges JI-Mitglied, führt das Unternehmen in zweiter Generation. Sein Vater hatte den Betrieb in den 1960er Jahren als Kranverleih gegründet, nachdem er – eigentlich Lehrer – seine unternehmerische Seite entdeckt hatte. Sohn Christian setzt im Unternehmen kontinuierlich neue Akzente, etwa mit der Anschaffung des leistungsstärksten Teleskopkrans Österreichs oder mit eigens angefertigten Spezialtransportern für den Windkraftanlagenbau.



Christian Prangl im Gespräch mit JI-Mitgliedern

NEUE MEDIENSPRECHERIN, IV-WIEN

Seit 1. November verstärkt Sophie Gnesda als Mediensprecherin das Team der IV-Wien. In dieser Funktion ist sie fortan Ansprechpartnerin für Medienaktivitäten aller Art und gestaltet den öffentlichen Gesamtauftritt der IV-Wien. Erfahrungen im Medienbereich sammelte sie bereits in ihrer Tätigkeit als Pressereferentin im Außenministerium sowie als Europapolitische Sprecherin des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien. Weiters war Gnesda im Jahr 2017 als Trainee im IV-Bereich Marketing & Kommunikation tätig. Sie studierte Theater-, Film- und Medienwissenschaften an der Universität Wien und absolvierte den Diplomalweg der Diplomatischen Akademie.

Wir freuen uns, Sophie Gnesda im Team der IV-Wien willkommen zu heißen.





V.l.n.r.: Jürgen Knoblich (IMBA), Reiner Wimmer (IMBA), Ursula Simacek (IV-Wien), Wolfram Schmidt (Biogen Deutschland)

Industrie und Spitzenforschung im Dialog

Auf Einladung der IV-Wien und des Instituts für Molekulare Biotechnologie (IMBA) diskutierten Spitzenvertreter aus Industrie, Wirtschaft und Forschung, wie erfolgreiche Partnerschaften zwischen Forschung und Industrie gelingen können.

Forschung und Innovation spielen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung neuer Technologien und sind daher wesentliche Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Wien. Aus diesem Grund brachten IV-Wien und IMBA auch dieses Jahr wieder Spitzenvertreter aus Forschung und Industrie zusammen, um sich bei einer gemeinsamen Veranstaltung im Haus der Industrie über aktuelle Themen und Projekte und, daraus abgeleitet, mögliche Synergien auszutauschen.

IV-Wien-Vizepräsidentin Ursula Simacek unterstrich dabei die Bedeutung der Initiative: „Die Vernetzung forschender und innovativer Akteure weiter zu fördern, ist uns als IV-Wien ein wichtiges Anliegen, denn eine starke Brücke zwischen Forschung und Industrie ermöglicht umfassendere Wertschöpfungsketten hier am Standort. Nicht alles aus der Forschung führt unmittelbar zu einem verwertbaren Ergebnis, aber ein breiter Boden an wissenschaftlichen Erkenntnissen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für wirtschaftliche Innovationen.“

Weltweit erste Blutgefäße aus menschlichen Stammzellen

Anschauliche Beispiele für den Forschungstransfer lieferte Reiner Wimmer, der am IMBA die weltweit ersten Blutgefäße aus

menschlichen Stammzellen entwickelt hat. In seinem Impulsvortrag erklärte er, wie sich die gewonnenen Erkenntnisse in zahlreichen Gebieten der modernen Medizin, etwa Diabetes, Gefäßerkrankungen, Schlaganfälle oder Krebs, umsetzen lassen. „Wir begrüßen es sehr, wenn unsere Expertise Anwendung findet und sind sehr offen für die Verbindung von Forschung und Wirtschaft“, bekräftigte auch Prof. Jürgen Knoblich, wissenschaftlicher Direktor des IMBA, dessen Forschungen zu Gehirn-Organoiden erst unlängst zur Gründung eines Spin-Offs geführt haben.

Lernen von Best Practices

Wolfram Schmidt, Managing Director von Biogen Deutschland, mit mehr als zwanzigjähriger Erfahrung in der internationalen Pharma- und Life-Sciences-Branche, berichtete dann von erfolgreichen Kooperationsstrategien zwischen Wirtschaft und Akademia in anderen Ländern, etwa am Beispiel Finnland. Dabei erweisen sich neue Technologien wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als starke Beschleuniger, bringen aber gleichzeitig große Herausforderungen mit sich. Angesprochen wurde etwa das Thema „Smart Data“, also die zielgerichtete Auswertung der riesigen Datenmengen, die durch die Anwendung neuer Technologien entstehen, aber auch neue Modelle zur Regelung von Intellectual Property.



Reiner Wimmer (IMBA)



Wolfram Schmidt (Biogen Deutschland, Managing Director)



Ursula Simacek (IV-Wien, Vizepräsidentin)